

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Eva Rühmkorf, Staatsrätin, Leitstelle Gleichstellung der Frau in Hamburg, kommentiert die Geißler-Kampagne gegen pro familia: Einschüchterungsversuch.

Seite 1

Ernst Welteke MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, stellt die Aufgaben vor, die sich die hessischen Sozialdemokraten gestellt haben: Gegengewicht zur Bonner Wende.

Seite 4

Fritz Säger erinnert an Werner Stephan: Der Mann, der Theodor Heuss vor den Nazis rettete.

Seite 6

39. Jahrgang / 133

13. Juli 1984

Die Einschüchterungskampagne

Zu Familienminister Geißlers Angriffe auf "pro familia"

Von Eva Rühmkorf

Staatsrätin

Leitstelle Gleichstellung der Frau in Hamburg

Wer die Diskussion um den Paragraph 218 seit der "Wende" kritisch verfolgt hat, ist nicht überrascht, daß die Bundesregierung direkt nach dem Katholiken-Tag einen erneuten Versuch unternimmt, die Praxis des Paragraph 218 zu verändern - steht diese Regierung doch stärker unter dem Druck der katholischen Kirche, als je eine Regierung zuvor. Was jedoch überrascht, ist die Art des Vorgehens: Ein Bundesminister mobilisiert gezielt gegen ein Beratungsangebot, nämlich gegen die Familienberatung "pro familia". Und er diffamiert damit zugleich mehr als die Hälfte aller Frauen in der Bundesrepublik, die sich bei Schwangerschaftskonflikten - wie es das Gesetz vorschreibt - beraten lassen. Beratungsstellen, die bisher in gutem Kontakt zueinander gestanden haben, werden in "gute" und "böse" eingeteilt, gesetzestreue und solche, die das Gesetz angeblich umgehen, und werden auseinanderdividiert.

Geißler nennt "pro familia" eine "Abbruchberatung" und unterstellt damit den über hunderttausend Frauen, die sich jährlich an "pro familia"-Beratungsstellen wenden, sie suchten gar keine wirkliche Beratung, sondern nur die Bescheinigung für den Abbruch.

Während Geißler bisher Frauen ganz offen und direkt Egoismus unterstellt hat (so in einem Interview mit dem Sender Freies Berlin am 23. Januar 1983: "... man kann nicht das ungeborene Leben einfach zur Disposition stellen, das heißt, wenn eine Frau ein Kind erwartet und sie merkt, nicht wahr, das stört vielleicht den Skiurlaub im April, nicht wahr, das zum Anlaß zu nehmen abzutreiben, das halte ich in der Tat für verkehrt"), geschieht dies heute indirekt durch Diffamierung derjenigen Beratungseinrichtung, die am häufigsten von Frauen aufgesucht wird.



Die Absicht ist klar: Nach dieser erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit zu der Unterstellung, bei "pro familia" finde keine Beratung statt, (statt dessen würden Listen verteilt mit Namen von Ärzten und Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen), sind künftig Frauen, die sich an "pro familia" wenden Schwangere, die an einer wirklichen Beratung in einer Konfliktsituation nicht interessiert sind!

Die Bundesregierung, die so viel von Wahlfreiheit spricht, will Frauen die Freiheit nehmen, sich für die Beratungsstelle ihrer Wahl zu entscheiden! Die Angriffe auf "pro familia" sind in Wahrheit Angriffe auf Frauen!

Wie paßt dies alles zusammen mit der Beteuerung, den Paragraph 218 nicht ändern zu wollen, mit der Behauptung, im Interesse der Mütter zu handeln?

Wenn es der Bundesregierung tatsächlich um "Würde und Wert des menschlichen Lebens" geht, wo bleiben da Würde und Wert der Frauen? Und wie ist es eigentlich mit dem Verantwortungsbewußtsein von Vätern?

Es ist schlicht unaufrichtig zu behaupten, die Interessen der Mütter und Familien zu vertreten und gleichzeitig das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750 DM auf 510 DM monatlich zu kürzen, die Ausbildungsförderung zu streichen, insgesamt die sozialen Leistungen zur Erziehung und Betreuung von Kindern in Milliardenhöhe abzubauen! Der Verdacht liegt nahe, daß es hier nicht um Familienpolitik geht, sondern um Bevölkerungspolitik.

Nach den drastischen Kürzungsmaßnahmen, die quer durch alle Parteien und Gruppierungen auf massive Kritik gestoßen sind, sollen vage Versprechungen auf zukünftige bessere Zeiten für Familien die Vision einer kinderfreundlichen Gesellschaft heraufbeschwören. Glaubt Herr Geißler wirklich, damit Schwangerschaftsabbrüche verhindern zu können?

Ganz abgesehen davon, daß Mitarbeiterinnen aller Beratungseinrichtungen darin übereinstimmen, daß wirtschaftliche/finanzielle Gründe nur sehr selten ausschlag-



gebend sind für die Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch, muß man sich folgende Situation konkret vorstellen:

Eine Frau geht zu einer Beratungsstelle und erfährt dort, daß für ihr Baby für etwa zwei Lebensmonate aus der Stiftung "Schutz des ungeborenen Lebens" gesorgt werden könne; etwa ab 1986 würden dann andere Frauen die Möglichkeit haben wahrscheinlich ein Jahr lang wahrscheinlich monatlich 600 DM Erziehungsgeld zu beziehen; sie selber würde voraussichtlich ab diesem Zeitpunkt auch steuerliche Vergünstigungen erhalten...

Ginge es Herrn Geißler tatsächlich um eine Verringerung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, so müßte er alles tun, um ungewollte Schwangerschaften zu verhüten. Geeignete Mittel wären zum Beispiel Aufklärung und wirksame Prävention. Doch darum geht es ganz offensichtlich nicht. Sonst hätte man wohl kaum 1983 die Informationsschrift und die sieben Filme "Betrifft Sexualität" eingezogen, die von Pädagogen als ausgezeichnetes Aufklärungsmaterial angesehen werden. Sonst würde man auch schwerlich Kritik an "pro familia" üben, deren Haupttätigkeit nicht darin besteht, Beratung zum Paragraph 218 durchzuführen, sondern Frauen und Männer, Jugendliche und Erwachsene über Empfängnis- und Zeugungsverhütung zu informieren und individuell zu beraten.

Ich fürchte, diese Einschüchterungskampagne, an der sich zum erstenmal auch ein Bundesminister offiziell beteiligt, kann schlimme Folgen haben: Frauen sollen sich nicht mehr wie bisher trauen, sich in Konfliktsituationen wirklich beraten zu lassen. Angst und Verheimlichung werden wieder zunehmen, vielleicht wird sogar die Zahl registrierter Schwangerschaftsabbrüche zurückgehen, weil Frauen es künftig vorziehen, eine Schwangerschaft illegal und ohne Beratung abbrechen zu lassen.

(-/13.7.1984/ks/rs)

+ + +



Ein Gegengewicht zur Bonner Wende

Die Aufgabe, die sich die hessischen Sozialdemokraten gestellt haben

Von Ernst Welteke MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Seit vergangener Woche hat Hessen wieder eine parlamentarisch legitimierte Regierung mit Ministerpräsident Holger Börner an der Spitze. Zum erstenmal seit 1970 ist es wieder ein rein sozialdemokratisches Kabinett; aber zum erstenmal in der Geschichte unseres Landes ist es eine Regierung, die von einer Landtagsfraktion der Grünen toleriert wird.

Unsere Politik steht unter drei Leitworten: Arbeit, Umwelt, Soziale Verantwortung.

Wir stehen damit in der Tradition sozialdemokratischer Politik in der Nachkriegszeit, wie sie von Ministerpräsident Georg August Zinn geprägt wurde. Wir nehmen dazu Anstöße und Anregungen auf, die von den neuen ökonomischen, technologischen und ökologischen Problemen und von den neuen sozialen Bewegungen ausgehen, die sich auch in der parlamentarischen Vertretung der Grünen im Landtag in Wiesbaden manifestieren. Im Laufe dieser Legislaturperiode des Landtages und der Amtszeit dieser neuen Landesregierung wird die hessische SPD im Jahre 1986 auf eine 40jährige ununterbrochene Regierungsverantwortung zurückblicken können. Dabei wird sich die Partei und mit ihr die Landtagsfraktion darauf besinnen, daß dieses außergewöhnliche Jubiläum, das nur noch in Bremen zu feiern sein wird, gründet in der Fähigkeit von nun bereits drei Generationen sozialdemokratischer Politiker zur inneren Erneuerung.

Für die Politik, auf der die Arbeit der neuen Regierung ruht und die von der SPD-Landtagsfraktion voll getragen und voll ausgeschöpft werden wird, haben wir auf zwei Landesparteitagen in Baunatal im November 1983 und in Wiesbaden im Juni 1984 eine Zustimmung von reichlich über 90 Prozent erhalten. Holger Börner ist auf gleicher Basis für zwei Jahre zum Landesvorsitzenden der Partei gewählt worden. Es gibt wohl kaum einen Zeitraum ihrer Geschichte, in dem die Hessen-SPD so einig war und ihre Führung so geschlossen wie heute. Wer sich zurückversetzt in die Zeit, die nur zwei, drei Jahre zurückliegt mit schwersten Zerreißproben innerhalb der Gesellschaft in Hessen und damit auch innerhalb der SPD, der kann ermessen, welche Chance sich jetzt ergibt für unser Land.

Angesichts der Herausforderungen, denen sich die Landespolitik zu stellen hat, kann das Fundament nicht fest genug sein:

- Die seit über zehn Jahren anhaltende Wachstumskrise der Weltwirtschaft,
- die sich anbahnende dritte industrielle Revolution mit den Umwälzungen unseres Wirtschafts- und Beschäftigungssystems,
- die Folgen des jahrzehntelangen ungehemmten Wirtschaftswachstums, das jetzt unsere Lebensgrundlagen bedroht und
- die durch die Wachstumskrise hervorgerufene Gefährdung des Sozialstaates.

All diese Probleme verlangen neuartige, unkonventionelle und phantasievolle Lösungen. Unser Regierungsprogramm und die mit den Grünen getroffenen Vereinbarungen bieten die Basis dafür. Mit CDU und FDP sind sie im Hessischen Landtag nicht zu lösen. Die FDP hat wegen der Thesen Holger Börners zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik im Jahre 1982 die Koalition mit der SPD zunächst in Hessen (Lambsdorff: "Marterwerkzeuge aus der sozialistischen Folterkammer") und dann auch in Bonn bewußt aufgekündigt. Zudem hat sie eine konstruktive Mitarbeit nach der Landtagswahl im Jahre 1983 mehrfach verweigert. Die CDU hat mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik in Bonn die Massenarbeitslosigkeit verstärkt.



Sie befinden sich in einem völligen Gegensatz zu unserer Forderung nach staatlicher Verantwortung für die Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Sie hat die Landtagswahl verloren und versuchte trotzdem, der SPD Bedingungen für eine Große Koalition zu diktieren, die die Preisgabe unserer Identität verlangt hätten und unser wichtigstes Wahziel hätten absurd werden lassen:

Ein Gegengewicht zur Bonner Wende in Hessen schaffen!

Angesichts dieser Ausgangslage und nach den eindeutigen Voten zweier Landesparteitagen der SPD und zweier Landesversammlungen der Grünen, in denen diese sich zu einer Zusammenarbeit mit uns bereitfanden, baut Hessen auf eine neue Architektur seiner Politik. Dabei muß eines deutlich unterstrichen werden: Die SPD hat an keiner Ecke ihre Identität aufgegeben und in der für uns besonders wichtigen Frage der inneren Sicherheit und der Arbeitsplatzsicherung haben die Grünen ohne Wenn und Aber die notwendigen Mittel im Haushalt akzeptiert.

Das Fundament der neuen Architektur gründet sich deshalb auf den Wählerwillen, der die SPD eindeutig mit weitem Abstand vor allem anderen mit Vertrauen ausgestattet hat, auf unser Regierungsprogramm und auf die Vereinbarungen mit den Grünen zum Haushalt 1984.

Die wichtigsten Beschlüsse daraus sind:

Investitionsquote: auf 19,1 Prozent gesteigert. Ein wirksamer Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung. Für dezentrale Energieversorgung und zur Energieeinsparung: 47,25 Millionen Mark. Für alternative Wirtschaftsformen: sieben Millionen Mark. Beratungsobjekte für arbeitslose Jugendliche: 2,57 Millionen Mark. Ausbildungsplatzprogramm für 4.000 Auszubildende: um 8,5 Millionen auf 41,5 Millionen Mark erhöht. Gesamtprogramm Abfallverwertung: 15 Millionen Mark. Für Naturschutzfläche: 3,5 Millionen Mark. Für die Renaturierung von Fließgewässern: 3,6 Millionen Mark. Das Umweltinvestitionsprogramm: zehn Millionen Mark. Gegen Waldschäden: fünf Millionen Mark zusätzlich. Für naturnahe Lebensräume: vier Millionen Mark. Für das "Hessische Aktionsprogramm für Frauen": sieben Millionen Mark.

Die SPD Hessen steht damit

- für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Das hessische Investitions- und Beschäftigungsprogramm wird fortgeführt. Damit der Arbeitsmarkt auch weiterhin überdurchschnittlich versorgt bleibt: 70.000 Arbeitsplätze werden geschaffen und gesichert;
- für die hessischen Jugendlichen: gleiche Bildungs- und Berufschancen, Abbau von Bildungsprivilegien. Hessen tut etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit. Zusätzlich 8,5 Millionen Mark sind im Haushalt '84 bereitgestellt, um weitere 2.000 Ausbildungsplätze zu schaffen;
- für Investitionen, die die Umwelt schützen. Eine Fülle von Maßnahmen gilt dem Schutz von Natur und Umwelt. Zusätzlich gibt es 160 Millionen Mark: für die umweltfreundliche Umrüstung der Kraftwerke; für die Überwachung und Sanierung alter Mülldeponien; für die Förderung neuer, umweltfreundlicher Technologien;
- für den neuen hessischen Weg. Gestützt auf die Erfahrungen langjähriger Regierungstätigkeit geht die neue Landesregierung jetzt an die Arbeit. Neue Wege werden eingeschlagen, um die Aufgaben der Zukunft zu meistern. Das ist der Auftrag, den die hessischen Bürgerinnen und Bürger mit der Landtagswahl 1983 gegeben haben. Hessen handelt!

(-/13.7.1984/ks/rs)

+ + +



Zum Tod von Werner Stephan

Eine persönliche Erinnerung an den Mann, der Theodor Heuss vor den Nazis rettete

Von Fritz Sänger

Vor wenigen Tagen, am 4. Juli 1984, ist ein Mann gestorben, den die, die ihn gekannt haben, nicht vergessen werden. Er war Ministerialrat im "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda", also im Hitler-Reich und unter Josef Goebbels. Er saß im Vorzimmer des "Reichspressechefs der NSDAP": Dr. Otto Dietrich. Er saß dort auf einem Platz, auf dem er, wenn er sich klug verhielt und die rechte Gesinnung hatte, Gelegenheit besaß, vielen zu helfen. Voraussetzungen waren also gegeben.

*

In der Berliner Redaktion der ehemaligen "Frankfurter Zeitung" klingelte das Telefon. Werner Stephan rief an: "Bitte, kommen Sie wenn möglich gleich zu mir". In seinem Amtszimmer saß er hinter einem mit Akten voll bepackten Schreibtisch. Dieses Mal stand er nicht auf. Eine Handbewegung bot mir Platz an. Schweigend schob er ein Blatt Papier über seinen Schreibtisch. Es mußte etwas von ungewöhnlicher Bedeutung sein.

Die Handschrift von Theodor Heuss war leicht zu erkennen. Der hatte einen Brief an einen Freund in der Schweiz geschrieben. Die Gestapo hatte ihn an der Grenze abgefangen. Es war Krieg.

Ich sollte ihn lesen und las den doch nur kurzen Text wieder und noch einmal. Heuss hatte Schreibverbot von den Nazis. Der erste Satz des Briefes lautete sinngemäß (damals so etwas zu notieren hätte einen Selbstmord provozieren können): Du weit, ich darf nicht schreiben und publizieren. Aber die "Frankfurter Zeitung" lasse ich nicht im Stich. Ich schreibe unter einem Pseudonym und zwar, und nun nannte er den Namen des dem Nazireich verhaßten jüdischen Schriftstellers und teilte schlicht mit, daß er kein Material mehr besase, "die Schweine" hätten ihm doch alles weggenommen. Aber in Chicago lebe der Freund X, der habe noch Unterlagen und er bat, diese für ihn über die Schweizer Beziehung zugänglich zu machen.

Die Gestapo hatte den Brief, wie es die Vorschrift war, wenn es sich um einen Journalisten handelte, dem Reichspressechef zugeleitet. Dort lag er im Vorzimmer.

Stephan hatte den Raum längst verlassen. Leise, wie es seinem Wesen entsprach und seine gewichtige Methode in jener Zeit geworden war, war er gegangen.

Sollte man warten? Er kam nicht. So viele Papierstapel auf dem Schreibtisch! Was kann sich da alles unbeabsichtigt verschieben!

*



Theodor Heuss wurde fast 90 Jahre alt und war der erste Präsident des demokratischen Teiles des ehemaligen Deutschlands, der Präsident, der dieser deutschen Bundesrepublik den Weg in die Gesellschaft der freien Nationen wieder ebnete. Werner Stephan hat diesem Lande einen Dienst erwiesen.

Dies war nicht die einzige Handlung dieser Art, von der man weiß. So konnte der spätere Chefredakteur dieses sozialdemokratischen Pressedienstes, Peter Raunau, aus einer ihm höchstgefährlichen Situation durch Werner Stephans heimliche Hilfe entweichen und in einer kleinen bayerischen Stadt die Zeit des Terrors überleben. Nie ist es Stephan in den Sinn gekommen, über solche Handlungen zu sprechen. Nach dem Kriege wurde er Bundesgeschäftsführer der FDP, deren Vorgängerin er in der Weimarer Zeit angehört hatte. Er war damals Beamter im Auswärtigen Amt, als die Nazis kamen. Wo immer er dann tätig werden mußte, bewahrte er eine klare Gesinnung und eine feste Haltung als heimlicher und, wie später zu erfahren war, auch wirksamer Gegner der Machthaber - und dies inmitten deren Apparat. In den Tagen des Gedenkens an den Widerstand gegen das Regime ist dies zu wissen wichtig - für die Alten wie für eine neue Jugend -, daß es, als die Nazis herrschten, auch solche Menschen im Lande gab.
(-/13.7.1984/ks/rs)

+ + +

